

Clubsterben

Warum jedes dritte Lokal verschwinden könnte: Ein Berner Branchenvertreter im Interview. **9**

Aareschwimm

Wie Reto Nause den Berner Sommerspass Corona-konform machen will. **18**

Herzog & de Meuron

Was die Stararchitekten über die Bedeutung der Schönheit für ihre Arbeit denken. **27**



Ott alias Lascaux

Wie der Berner Historiker und Krimiautor für ein nationales Krimizentrum weibelt. **25**

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Samstag, 18. April 2020 — 171. Jahrgang, Nr. 90 — Fr. 5.20 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Heute im «Bund»

So lockern die anderen

Exit-Strategie Die gestaffelte Rückkehr zur Normalität wird in Europa unterschiedlich geplant. Wie gehen Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich vor? Die Zeitpläne der Nachbarn unterscheiden sich stark. **Seiten 2 und 3**

Ferien in Krisenzeiten

Tourismus Fachleute prognostizieren einsame Sommerferien. Städtereisen und Baden an der italienischen Adria liegen kaum drin – doch es gibt Alternativen. Einheimische Destinationen rechnen mit einem Ansturm von Schweizern. **Seite 3**

CO₂-Regeln infrage gestellt

Neuwagen Wegen Lieferschwierigkeiten bei Elektroautos als Folge der Corona-Krise wird es für die Autobranche schwieriger, die verschärften Klimaziele zu erreichen. Sie denkt über einen Aufschub nach. **Seite 7**

Beizer lobbyierten erfolglos

Lockdown Mit einem Mail an die bürgerlichen Bundesräte hat Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer versucht, die Exit-Strategie von Alain Berset abzuschüssen. Neben der Gastronomie fühlt sich auch der Fachhandel benachteiligt. **Seiten 7/13**

Totalausfall für Open Aairs?

Festivalsommer Der Bundesrat hat sich zwar noch nicht konkret geäussert, aber alles deutet darauf hin: Im Sommer 2020 werden in der Schweiz keine Musikfestivals stattfinden. Womöglich auch 2021 nicht. **Seite 23**

Meinung & Analyse

«Hören wir auf die Wissenschaft. Sie ist langfristig die einzige Exit-Strategie.»

Der Umgang mit der Pandemie müsse ein Vorbild für staatliches Handeln in anderen Bereichen werden, fordert Nik Walter. **Seite 10**

Service

Stellenmarkt	6/8	Börse	13
Leserbriefe	10/21	TV/Radio	19/20
Todesanzeigen	12	Wetter	21

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch



Berner Firmen nehmen im grossen Stil Kredite auf

Staatshilfen Die Banken haben an Unternehmen im Kanton Bern Corona-Kredite in der Höhe von über 800 Millionen Franken vergeben.

Adrian Hopf-Sulc

Bei vielen Unternehmen aus dem Gastrobereich und dem Detailhandel wird derzeit das Geld knapp. Entsprechend gross ist die Nachfrage nach den zinslosen Bankkrediten, für welche der Bund bürgt. Alleine im Kanton Bern sind inzwischen über 800 Millionen Franken in Form von Corona-Überbrückungskrediten geflossen. Gut 7500 Unternehmen haben einen Kredit erhalten. Dies ergibt eine Umfrage des «Bund» unter den grossen im Kanton tätigen Banken.

Weil die Eidgenossenschaft für die Kredite mit insgesamt 40 Milliarden Franken geradesteht, erübrigt sich für

die Banken eine detaillierte Prüfung der Gesuche. Dafür werden die Kredite inerten wenigen Tagen oder gar Stunden vergeben und überwiesen, wie von den Bankkunden zu hören ist.

Jeder dritte Berner mit Kurzarbeit

Nicht nur mit Krediten, sondern auch mit Kurzarbeitsentschädigungen greift der Staat der Wirtschaft unter die Arme. Die Zahl der Arbeitstätigen in Kurzarbeit erreicht ungekannte Höhen: So ist im Kanton Bern inzwischen für 150'000 Personen Kurzarbeit bewilligt – das ist rund ein Drittel der arbeitstätigen Bevölkerung. Der Kanton rechnet gar damit, dass die Zahl auf 200'000 Perso-

nen steigen wird. Die Kosten für die Kurzarbeitsentschädigungen im Kanton Bern belaufen sich seit Beginn der Corona-Krise auf insgesamt rund 10 Millionen Franken.

Am meisten Bernerinnen und Berner mit Kurzarbeit verzeichnen die beiden Branchen Handel/Autogewerbe und Gastgewerbe mit je über 20'000 Betroffenen. Stark vertreten sind auch das Gesundheits- und das Sozialwesen sowie das Baugewerbe. Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann warnte gestern, dass das Hochfahren der Wirtschaft längere Zeit in Anspruch nehmen werde und dass auch dem Kanton Bern eine Rezession drohe. **Seite 15**

Sieht so die Zukunft Berns aus?



Städtebau Die Werbung für die Wankdorf-City verspricht, dass sich Arbeit, Wohnen und Freizeit künftig in Gehdistanz befinden. Doch die Realität ist trist: Ein Spaziergang durch ein farbloses Durcheinander entlang monotoner Fassaden offenbart gebaute Langeweile. **(klb) Seite 28** Foto: Franziska Rothenbühler

Mit 16 Jahren an die Urne?

Kanton Bern Das Stimmrechtsalter 16 gibt im Kanton Bern wieder zu reden. Nachdem das Begehren 2009 an der Urne klar gescheitert ist, wird spätestens 2023 erneut darüber abgestimmt. Bei politisch interessierten Jugendlichen keimt deshalb die Hoffnung auf mehr Partizipation: «Die Jugend hat mit der Klimastreikbewegung bewiesen, dass sie politisch sein will», sagt Wanda Suter vom Stadtberner Jugendparlament. Findet die Idee dereinst tatsächlich eine Mehr-

heit beim Volk, wäre es nicht das erste Mal, dass eine solche Vorlage einen zweiten Anlauf benötigt: Die Herabsetzung von 20 auf 18 Jahre war in der Stadt Bern 1984 gescheitert. Erst vier Jahre später wurden 18-Jährige stimmberechtigt.

Der Politologe Claude Longchamp sieht im Stimmrechtsalter 16 eine «willkommene Verjüngungskur» der Demokratie. «Die Hälfte aller Wähler sind älter als 57 Jahre. Tendenz steigend», gibt er zu bedenken. **(mer) Seiten 16/17**

Berner Freiwillige bleiben in Griechenland

Flüchtlingslager In der Ostägäis warten laut UNO rund 40'000 Menschen auf einen Asylbescheid. Seit Ausbruch der Corona-Krise haben sich viele NGOs und Freiwillige, die vor Ort Hilfe leisteten, zurückgezogen. Einige aber harren aus, darunter fünf Helferinnen und Helfern aus Bern und anderen Kantonen, die auf Samos und Lesbos im Einsatz sind. Am Telefon schildern sie ihre Eindrücke und ziehen Bilanz. **(red) Das Magazin**

Kommentar

Donald Trump hat jetzt wenigstens einen Plan

Mehr als 33'000 Menschen hat das Coronavirus in den USA bisher getötet. Auf absehbare Zeit wird diese Zahl jeden Tag weitersteigen. Zugleich haben mehr als 22 Millionen Amerikaner ihre Arbeit verloren, weil die Wirtschaft stillsteht. Und auch diese Zahl erhöht sich mit jedem Tag, an dem das Land geschlossen ist.

Es wäre zutiefst unmoralisch und zudem sachlich falsch, 33'000 Tote gegen 22 Millionen Arbeitslose aufzurechnen und zu dem Schluss zu kommen, dass – wie rechte Kommentatoren in Amerika derzeit gern fabulieren – «die Medizin schädlicher ist als die Krankheit». Aber diese beiden Zahlen und die Tragödien, für die sie stehen, sind so etwas wie Leitplanken, zwischen denen die Politik ihren Weg durch die Corona-Krise finden muss.

Das bedeutet: Ein Ziel muss sein, die Zahl der Toten möglichst gering zu halten. Ein anderes Ziel muss aber auch sein, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden zu begrenzen, die der Stillstand des gesamten öffentlichen Lebens anrichtet.

Der Plan, den Donald Trump nun vorgelegt hat, um die USA langsam zurück in Richtung Normalität zu führen, bemüht sich, zwischen diesen Zielen eine Balance zu finden. Diese Abwägung ist nicht leicht, aber sie gehört nun einmal zu den Aufgaben von Politikern. Sie können sich weder hinter Virologen noch CEOs verstecken.

Trumps Plan ist nicht perfekt. Wichtige Fragen bleiben ungeklärt – zum Beispiel, wie die Bundesstaaten die Millionen von Corona-Tests organisieren und bezahlen sollen, die eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wiedereröffnung des Landes sind. Aber die Blaupause aus dem Weissen Haus ist deutlich besser als die ständigen Lügen und das endlose Selbstlob, mit denen der Präsident sein Volk bisher beglückt hat. Zumindest gibt es jetzt einen Plan, der den Amerikanern einen Weg aus dem dunklen Tal weist, durch das sie seit Wochen stolpern. Das macht die Finsternis etwas erträglicher.

Hubert Wetzel
USA-Korrespondent

Wie Trump die USA wieder öffnen will

Lockdown Donald Trump will die USA in drei Phasen zur Normalität zurückführen und die Wirtschaft wieder öffnen. Er gab aber keinen genauen Zeitplan vor und überlässt die Entscheidung den Bundesstaaten. Eine landesweite Schliessung könne keine langfristige Lösung sein, sagte Trump. «Wir brauchen eine funktionierende Wirtschaft. Und wir wollen sie sehr, sehr schnell zurückhaben.» **(sda) Kommentar oben, Seite 4**